

Politisches System der USA



We the People of the United States, in order to form a more perfect Union...

Präambel der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
 Autorin: Sarah Wagner; 1. Auflage: Oktober 2020
 Gestaltung: Mohr Design; Illustration: Patricia Jaeger; bpb.de/spicker

Gründungsdokument der US-amerikanischen Demokratie: Die Verfassung

i Die Verfassung ist das hoch geschätzte und kontrovers diskutierte Gründungsdokument der Vereinigten Staaten und auch elementarer Bestandteil des Nationalstolzes.

Entstehung:

- Nach der Erklärung der Unabhängigkeit von der britischen Krone 1776 gab es unter den ehemaligen Kolonien das Bemühen, einen Staatenbund zu gründen.
- Nach langen Verhandlungen wurde die Verfassung von den 13 Staaten zwischen 1787 und 1790 ratifiziert.

Die Verfassung umfasst eine Präambel und sieben Artikel. Sie folgt der Theorie der **Gewaltenteilung** nach Charles de Montesquieu (1689 – 1755), wonach die Macht im Staat nicht konzentriert, sondern auf mehrere Institutionen aufgeteilt ist.

Zur Verfassung gehören:

- **Bill of Rights:** Der Grundrechtekatalog, bestehend aus den ersten zehn Amendments, ergänzt die Verfassung und umfasst z. B. Meinungs- und Pressefreiheit. Die Rechte des Individuums gegenüber der Regierung stehen hier im Fokus.
- Die 1787/88 entstandenen **Federalist Papers** von Alexander Hamilton, James Madison und John Jay sind die schriftliche Verteidigung der Verfassung.

Sie zeichnet sich aus durch ihre Anpassungsfähigkeit, basiert auf Kompromissen der Gründungsväter und hat seit über 200 Jahren in der heutigen Form Bestand. Anpassungen erfolgten durch 27 **Amendments** (Verfassungszusätze, -änderungen).

Das US-Wahlsystem

Wahlberechtigt sind Staatsangehörige ab dem 18. Lebensjahr, die Teilnahme an der Wahl erfordert in 49 der 50 Staaten (Ausnahme: North Dakota) eine Registrierung.

In der Verfassung sind kaum Details zu den Wahlen enthalten, wichtige Kompetenzen zur Durchführung liegen bei den Einzelstaaten. Die Präsidentschafts- und Kongresswahlen in fast allen Einzelstaaten erfolgen nach dem relativen Mehrheitswahlrecht (**winner takes all**): Gewonnen hat, wer die meisten Stimmen erhält. Die anderen Stimmen verfallen. Besonders umkämpft sind Staaten, in denen die politischen Mehrheiten wechseln (**swing states** oder **battleground states**).

Electoral College (Wahlkollegium): Anders als für die Wahlen zum Kongress stimmt die wahlberechtigte Bevölkerung nicht direkt über die Bewerber/-innen für das Präsidentenamt ab, sondern indirekt über das Electoral College: Darin sind 538 Wahlleute vertreten, für den Wahlsieg sind 270 Stimmen (**electoral votes**) erforderlich. Die Anzahl der Stimmen bemisst sich an den Sitzen eines Einzelstaats im Kongress (435 + 100 + drei Sitze für Washington D.C.).

i Michigan stellt z. B. 16 Wahlleute, da es zwei Sitze im Senat und 14 im Repräsentantenhaus innehat.

Ablauf der Präsidentschaftswahlen

Nach der Wahl (immer der Dienstag nach dem ersten Montag im November) stimmen die gewählten Vertreter/-innen des Electoral College in den Hauptstädten ihrer Einzelstaaten ab, die Stimmen werden dann im Januar im Kongress ausgezählt. Die Amtseinführung (**inauguration**) findet am 20. Januar statt.

Die politischen Parteien

Die Parteien in den USA sind keine über ein Wahlprogramm definierten Mitgliederparteien, sondern vor allem in Wahlkampfzeiten aktiv und föderal geprägt. Die verschiedenen Parteiebenen arbeiten relativ eigenständig. Die Demokraten und die Republikaner dominieren, sodass von einem **Zweiparteiensystem** gesprochen werden kann: Die Organisations- und Finanzkraft, das relative Mehrheitswahlrecht und die politische Flexibilität der beiden Parteien erschweren das Aufkommen von Drittparteien.

In innerparteilichen Nominierungsverfahren (im **primary-** oder **caucus-**Format) bestimmen die Parteien ihre Kandidierenden für die Wahlen. Diese werden auf dem Parteitag (**national convention**) offiziell nominiert, gleichzeitig wird dort das Wahlprogramm verabschiedet.

Republikaner	Demokraten
Profil	
betonen Kompetenzen der Einzelstaaten, vertreten konservative Werte („family values“)	befürworten staatliche Aktivitäten und Ausbau des Sozialstaats; linke bürgerrechtliche Einstellungen
Wähler/-innenbasis	
v. a. Weiße, religiöse Wahlberechtigte (hier vor allem Evangelikale), stark in ländlichen Gebieten und in Südstaaten	heterogen; geprägt durch Frauen, höhere Bildungsabschlüsse, Schwarze, Latinos, konfessionell ungebundene Wahlberechtigte

Aktueller Trend: Die Parteien schärfen zunehmend ihr Profil, Abgeordnete stimmen häufiger entlang der Parteilinie ab.

Das präsidentielle Regierungssystem

Die US-Verfassung sieht eine Dreiteilung der Gewalten (**separation of powers**) in Legislative, Exekutive und Judikative vor. Sie stehen nach dem Prinzip von **checks and balances** zueinander: Die Gewalten sollen miteinander konkurrieren und sich gegenseitig kontrollieren. Diese **horizontale Gewaltenteilung** ist in der Verfassung verankert:

1. Legislative: **Kongress** (Artikel 1 der Verfassung)
2. Exekutive: **Präsidentenamt** (Artikel 2)
3. Judikative: **Supreme Court** (Artikel 3)

1. Kongress

Seine Aufgaben umfassen die Gesetzgebung, die Haushaltsverabschiedung (**power of the purse**) und die Kontrolle der Exekutive (**oversight**). Er besteht aus zwei Kammern:

Repräsentantenhaus	Senat
Mitglieder	
435 (Anzahl abhängig von Bevölkerungszahl des Einzelstaats)	100 (zwei pro Einzelstaat)
Amtsduer	
2 Jahre	6 Jahre
Aufgaben u. a.:	
• hat das alleinige Initiativrecht bei Haushaltsgesetzen inne	• bestätigt u. a. Regierungspersonal und Bundesrichterschaft
• leitet Amtsenthebungsverfahren (impeachment) ein	• entscheidet über Ausgang des Amtsenthebungsverfahrens
	• stimmt über Völkerrechtsverträge ab (2/3-Mehrheit notwendig)

Der Präsident kann von beiden Kammern verabschiedete Gesetze mit einem Veto blockieren. Um dieses Veto zu überwinden, ist eine Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern nötig.

The Compound Republic – Föderalismus in den USA

Auch die **vertikale Gewaltenteilung** ist in der Verfassung verankert und spielt eine wichtige Rolle bei der Aufteilung von Kompetenzen. Anders als bei der horizontalen Gewaltenteilung liegt hier der Fokus auf den verschiedenen föderalen Ebenen: dem Bundesstaat und den Einzelstaaten (**dual federalism**).

Die Kompetenzen des Kongresses finden sich in Artikel 1, Abschnitt 8 der Verfassung (**enumerated powers**) und umfassen u. a.:

- Erhebung von Steuern und Zöllen
- Regulierung von Handel und Wirtschaft
- Militär- und Kriegsrecht, Recht zum Fluss damit verbundener Gesetze

Artikel 1, Abschnitt 10 verwehrt den Einzelstaaten bestimmte Kompetenzen (**prohibited powers**). Kompetenzen, die nicht explizit in der Verfassung genannt sind, fallen jedoch zuerst in den Bereich der Einzelstaaten.

i Die Verfassung gilt als **supreme law of the land**. Das bedeutet: Bundesrecht bricht Landesrecht.

Die Kompetenzen des Bundes wurden im Laufe der Zeit u. a. durch Gerichtsentscheidungen erweitert, sodass sozialpolitische oder wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Festsetzung eines Mindestlohns nun auf Bundesebene erlassen werden können. Der Trend geht weiter hin zu einer Zentralisierung und verstärkten Aneignung von Kompetenzen durch den Bund.

2. Präsidentenamt

- Amtsdauer: 4 Jahre, einmalige Wiederwahl möglich
- Voraussetzungen: Mindestalter 35 Jahre, Wohnsitz in den USA seit 14 Jahren, Staatsbürger/-in von Geburt an

Aufgaben des Präsidenten oder der Präsidentin:

- leitet die Regierung und ist Staatsoberhaupt des Landes
- ist für die Ausführung der beschlossenen Gesetze zuständig
- kann den Gesetzen zustimmen oder sie durch Veto blockieren, kann dem Kongress Gesetzesinitiativen empfehlen
- ist Oberbefehlshaber/-in der Streitkräfte
- ernennt u. a. Regierungspersonal und Bundesrichterschaft

i In der Außenpolitik hat der Präsident oder die Präsidentin oft mehr Gestaltungsmöglichkeiten als in der Innenpolitik.

3. Supreme Court (Oberster Gerichtshof)

Der Supreme Court überprüft, ob Handlungen der Regierung und Gesetze des Bundes oder der Einzelstaaten verfassungskonform sind (**judicial review**). Er ist die letzte und verbindliche Instanz im Gerichtssystem: Für verfassungswidrig erklärte Gesetze müssen geändert werden. Tätig wird der Supreme Court erst, wenn ihm Fälle vorgelegt werden. Er kann aber auch Fälle ablehnen und sich so aus politischen Konflikten heraushalten.

Die neun Richterinnen und Richter ...

- werden vom Präsidenten oder der Präsidentin bestimmt und durch den Senat bestätigt, der Kongress kann deren Anzahl und Zuständigkeiten ändern
- haben ihr Amt auf Lebenszeit inne
- sind bei Fehlverhalten aber absetzbar
- stimmen mit einfacher Mehrheit ab (5:4)

Aktuelle Trends und Turbulenzen

Polarisierung:

Die parteipolitische Polarisierung nimmt zu und blockiert die Kompromissfindung: Anstelle moderater Positionen vertreten Abgeordnete häufiger ideologisch gefestigte Standpunkte. Auf Kompromisse ist das politische System jedoch angewiesen, ansonsten droht politischer Stillstand. Der Kongress wird dadurch immer unproduktiver, weniger Gesetze werden parteiübergreifend verabschiedet.

Vertrauensproblem:

Laut dem Umfrageinstitut Gallup ist das Vertrauen der amerikanischen Bevölkerung in die Medien und den Kongress auf einem Tiefpunkt. Viele US-Amerikanerinnen und Amerikaner sind der Meinung, dass das politische System reformiert werden muss.

Ungleichheit:

Die USA sind laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein Land mit einer hohen Einkommensungleichheit, die sich weiter verschärft. Politische Teilhabe hängt zusehends von gewissen ökonomischen Privilegien ab und wird somit für marginalisierte Gruppen erschwert. Fälle von Polizeigewalt gegen Schwarze US-Amerikaner/-innen haben zudem eine intensive Diskussion über strukturellen Rassismus in den USA neu entfacht. Protestbewegungen fordern eine Aufarbeitung der Vergangenheit (Sklaverei), Reformen im Justizwesen und eine umfassendere gesellschaftliche Beteiligung.

Mehr zum politischen System der USA und zu den Wahlen 2020: www.bpb.de/usa